Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7467

21. 06. 90

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der Fraktion DIE GRÜNEN

Gefahren für die Demokratie in Rumänien

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag hat mit großer Besorgnis die jüngsten Ereignisse in Rumänien zur Kenntnis genommen.

Europa steht am Vorabend einer Neuordnung. In diesen Monaten und Jahren entscheidet sich, wer in das demokratische Haus Europa künftig gehören wird und wer nicht. Das weist in schwieriger Zeit allen politischen Kräften in Ost- und Südosteuropa eine besondere Verantwortung zu.

Die Wahlen am 20. Mai in Rumänien haben der Regierung des Präsidenten Iliescu eine große Mehrheit gebracht.

Die jüngsten gewaltsamen Auseinandersetzungen, die Toten und Verletzten der letzten Tage zeigen: Die Opposition hat das Wahlergebnis und der Staatspräsident hat die rechtsstaatliche Demokratie nicht akzeptiert.

Der Deutsche Bundestag mißt dem Herbeirufen nicht-staatlicher Schlägertrupps und deren ausdrücklicher Belobigung am Ende der Gewalttätigkeiten durch den Staatspräsidenten selbst außerordentliche Bedeutung bei. Das widerspricht allen demokratischen, rechtsstaatlichen und insbesondere allen Verfassungsprinzipien: Wo der Präsident selbst Kinder, Frauen und die Politiker der Opposition zusammenschlagen läßt, wo Polizei und Soldaten bereits Verhaftete noch einmal den Knüppeln der Schlägertrupps aussetzen, sinken die Chancen für eine friedliche demokratische Entwicklung.

Der Deutsche Bundestag begrüßt

- das Statement by the Twelve on Rumania vom 18. Juni 1990,
- die Erklärung der NATO zu Rumänien vom 19. Juni 1990,
- die Erklärung des Delegationsleiters der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Menschenrechtskonferenz in Kopenhagen zu den Vorgängen in Rumänien vom 18. Juni 1990.

Der Deutsche Bundestag erklärt:

— Bereits in seiner Debatte am 25. April 1990 und dem am Ende dieser Debatte mit großer Mehrheit verabschiedeten Antrag (Drucksache 11/6574 – neu –) hat der Deutsche Bundestag seine Sorge über die innere Entwicklung in Rumänien seit der Revolution im Dezember 1989 ausgedrückt. Diese Besorgnisse haben sich jetzt erhöht.

— Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die rumänische Regierung den Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen sowie die Garantie der Menschen- und Bürgerrechte gewährleistet: Pressefreiheit, Demonstrationsfreiheit und Minderheitenschutz.

— Der Deutsche Bundestag fordert alle politischen Kräfte in Rumänien auf, die innenpolitischen Auseinandersetzungen so zu führen, daß sie dem Gebot des inneren Friedens und dem Erfordernis rechtsstaatlicher Garantien entsprechen.

— Der Deutsche Bundestag wiederholt seine Bereitschaft zu Hilfsmaßnahmen, insbesondere auch beim wirtschaftlichen Aufbau Rumäniens in Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft. Er verknüpft aber diese Bereitschaft mit der Erwartung, daß die rumänische Regierung glaubhaft und erkennbar den Prozeß der Entwicklung einer dauerhaften freiheitlichen, rechtsstaatlichen und sozialen Demokratie fortsetzt und fördert. Er verurteilt jede Art gewalttätiger politischer Auseinandersetzung in Rumänien und gibt seiner Empörung darüber Ausdruck, daß Präsident Iliescu zu offener Gewalt der Staatsorgane aufgerufen und Schlägertrupps organisieren lassen hat.

— Die Bundesregierung wird aufgefordert, der rumänischen Regierung die Empörung, Enttäuschung und Besorgnis des Deutschen Bundestages mitzuteilen und ein gemeinsames Verhalten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Rumänien anzustreben.

— Der Deutsche Bundestag stellt klar, daß öffentliche und private humanitäre Hilfsmaßnahmen ungeachtet der besorgniserregenden Ereignisse in Rumänien seit der Wahl am 20. Mai 1990 weiterhin gewährleistet werden müssen.

Bonn, den 21. Juni 1990

Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Dr. Vogel und Fraktion

Mischnick und Fraktion

Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333